

ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

55 Fachbereich Jugend und Soziales

Beteiligt:

20 Stadtkämmerei

Betreff:

Ausweitung der Schuldner- und Insolvenzberatung - Bericht zur Entwicklung des Hilfebedarfs

Beratungsfolge:

24.10.2006 Sozialausschuss
26.10.2006 Haupt- und Finanzausschuss
09.11.2006 Rat der Stadt Hagen

Beschlussfassung:**Beschlussvorschlag:**

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Bedarf für die Ausweitung der Kapazitäten der Schuldner- und Insolvenzberatung in Hagen wird bestätigt. Entsprechend dem Ratsbeschluss vom 11.05.2006 wird daher zum Stellenplan 2007 eine zusätzliche Stelle eingerichtet.
3. Die Maßnahme soll bis zum 01.04.2007 realisiert werden.



Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 11.05.2006 die Ausweitung der städtischen Schuldnerberatung im Jahr 2007 um eine weitere Stelle beschlossen. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass diese Erweiterung des Hilfeangebotes erforderlich ist. Dazu wurde die Verwaltung aufgefordert, im Herbst 2006 einen Bericht über die Entwicklung des Hilfebedarfs in der Schuldnerberatung vorzulegen.

Der Anstieg der Privatinsolvenzen in den letzten Jahren in Verbindung mit der kommunalen Verpflichtung, Angebote für ALG II – Leistungsbezieher bereitzuhalten, macht eine weitere Ausweitung der Schuldner- und Insolvenzberatung unumgänglich.

BEGRÜNDUNG

Drucksachennummer:

0749/2006

Teil 3 Seite 1

Datum:

07.09.2006

Die Zahl der Privatinsolvenzen ist im Gegensatz zum rückläufigen Trend bei Firmeninsolvenzen angestiegen. Das gilt für die Situation in Hagen ebenso wie für die landesweite Entwicklung.

Seit 1999 bietet das Insolvenzrecht auch Privatpersonen die Möglichkeit, sich in einem gerichtlichen Verfahren von den Schulden zu befreien. Während 1999 lediglich 7.250 Personen bundesweit ein gerichtliches Insolvenzverfahren beantragten, waren es 2005 bereits 98.400 Anträge¹. Insgesamt ist die Zahl der Privatinsolvenzen auf 237.000 Fälle gestiegen, wobei der Anstieg gerade im letzten Jahr noch einmal zugenommen hat: Der Zuwachs gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres betrug im Mai 2006 54 %².

Diese Entwicklung ist auch in Hagen zu verfolgen. Nach Auskunft der Kämmerei wurden 2001 in Hagen 11 Privatinsolvenzverfahren eröffnet. Im Jahr 2005 waren es bereits 200 eröffnete Verfahren. Der von der Schufa herausgegebene Schuldenkompass (Stand: Ende 2004)³ weist auf Indikatoren hin, die für die Stadt Hagen sogar noch eine höhere Zahl überschuldeter Personen im Vergleich zu den Durchschnittszahlen aus NRW und Bund annehmen lassen. Danach ist bei 5,7 % aller erwachsenen Hagener Bürger ein sogenanntes „Negativmerkmal der höchsten Risikostufe „(Eidesstattliche Versicherung, Privatinsolvenz etc.) gespeichert. (Vergleichsdaten NRW:4,6 %; Bund: 4,2 %).

Der überwiegende Teil der in den Schuldnerberatungsstellen der Stadt und beim Diakonischen Werk (DW) vorsprechenden Personen bezieht SGB II-Leistungen (Stadt: 55,6 %; DW: 57,6%). Die kommunale Verpflichtung aus dem SGB II, für diesen Personenkreis Schuldnerberatung anzubieten, wurde bereits in einer früheren Vorlage (0775/2005) dargestellt. Hinsichtlich weiterer Informationen zur Bedarfssituation wird auch auf die Vorlage 1011/2005 verwiesen.

Zum 01.06.2006 wurde die Schuldnerberatungsstelle des DW um eine halbe Stelle erweitert. Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) bietet in Hagen seit dem 01.08.2006 ebenfalls Schuldnerberatung an (0,5 Stellen). Diese Stellenausweitung basiert auf dem Ratsbeschluss vom 11.05.2006 und wird mit einem jährlichen städtischen Zuschuss von 66.300 € gefördert. Der Ratsbeschluss sieht auch die Ausweitung der städtischen Schuldnerberatung im Jahr 2007 um eine weitere Stelle vor. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass diese Erweiterung des Hilfeangebotes erforderlich ist. Dazu wurde die Verwaltung aufgefordert, im Herbst 2006 einen Bericht über die Entwicklung des Hilfebedarfs in der Schuldnerberatung vorzulegen.

Die Beratungsstelle des DW hat seit Beginn des Jahres bis zum 31.08.2006 insgesamt 99 Personen, davon 57 ALG II – Empfänger, in die längerfristige Betreuung aufgenommen. Zusätzlich wurden in einem offenen Sprechzeitangebot weitere 215 Personen, davon 105 ALG II – Empfänger beraten. Durch die Einrichtung der zusätzlichen halben Stelle zum 01.06.2006 konnten zwar kurzfristig weitere Personen beraten werden. Es ist aber bereits jetzt absehbar, dass in Kürze die zusätzlichen Kapazitäten wieder völlig ausgelastet sind und wieder erneute Wartezeiten entstehen, da bei dem überwiegenden Teil der Ratsuchenden

¹ Creditreform, 18.08.2006

² Die Welt, 18.08.2006

³ www.schulden-kompass.de

BEGRÜNDUNG

Teil 3 Seite 2

Drucksachennummer:

0749/2006

Datum:

07.09.2006

mehrere Beratungstermine erforderlich sind. Ein ähnliches Bild bietet sich bei der AWO. Dort wird die Nachfrage das Beratungsangebot absehbar in Kürze übersteigen. Aussagekräftige Zahlen liegen hier noch nicht vor, da das Beratungsangebot erst seit dem 01.08.2006 besteht. Die Ausweitung des Beratungsangebotes im Jahr 2006 hat in beiden Bereichen also nur für eine kurzfristige Entlastung gesorgt.

Noch problematischer ist die Situation bei der städtischen Schuldnerberatungsstelle. Diese Beratungsstelle war bis zum 31.08.2006 mit 1,5 Stellen besetzt. Ab 01.09.2006 wurde durch eine Stellenaufstockung (0,5 Stelle) die ursprüngliche personelle Besetzung aus dem Jahr 2005 (2,0 Stellen) wieder erreicht. Vom 01.01. bis 31.08.2006 wurden insgesamt 90 Personen längerfristig betreut, davon 50 ALG II – Leistungsempfänger. Weitere 471 erhielten in diesem Zeitraum erste Hilfen im Rahmen eines offenen Beratungsangebotes. Davon sind 188 Personen, bei denen längerfristige Betreuung erforderlich sein wird, in die Warteliste aufgenommen worden, die inzwischen auf einen aktuellen Stand von 486 Personen angewachsen ist. Bei insgesamt 288 Personen (59,3%) der Warteliste wird der voraussichtliche Bearbeitungsaufwand auf mehr als 20 Stunden geschätzt. Diese 486 Personen haben um einen Termin nachgesucht, eine Erstberatung erhalten und mussten für die weitergehende Beratung auf spätere Zeit vertröstet werden. Erfahrungsgemäß kann davon ausgegangen werden, dass ein(e) Schuldnerberater(in) (1,0 Stelle) nach entsprechender Einarbeitungszeit neben Kurzberatungen ca. 60 Fälle längerfristig betreuen kann.

Der Ausbau der städtischen Schuldnerberatung im beschlossenen Umfang von 1,0 Stellen ab 2007 ist daher unbedingt erforderlich, um wenigsten einen Teil des hilfebedürftigen Personenkreises beraten zu können.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 1

Drucksachennummer:

0749/2006

Datum:

07.09.2006

☐ Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen.

Hinweis: Diese und alle weiteren Zeilen in diesem Fall bitte löschen!

1. Rechtscharakter

- ☐ Auftragsangelegenheit
- ☐ Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung
- ☒ Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung
- ☐ Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe
- ☐ Vertragliche Bindung
- ☐ Fiskalische Bindung
- ☐ Beschluss RAT, HFA, BV, Ausschuss, sonstige
- ☐ Dienstvereinbarung mit dem GPR
- ☐ Ohne Bindung

Erläuterungen:

2. Allgemeine Angaben

- ☒ Bereits laufende Maßnahme
 - ☒ des Verwaltungshaushaltes
 - ☐ des Vermögenshaushaltes
 - ☐ eines Wirtschaftsplanes

- ☐ Neue Maßnahme
 - ☐ des Verwaltungshaushaltes
 - ☐ des Vermögenshaushaltes
 - ☐ eines Wirtschaftsplanes

☒ Ausgaben

☐ Es entstehen weder einmalige Ausgaben noch Ausgaben in den Folgejahren

☒ Es entstehen Ausgaben

☐ einmalige Ausgabe(n) im Haushaltsjahr _____

☒ jährlich wiederkehrende Ausgaben

☐ periodisch wiederkehrende Ausgaben in den Jahren _____

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 2

Drucksachennummer:

0749/2006

Datum:

07.09.2006

3. Mittelbedarf

<input type="checkbox"/>	Einnahmen	_____	EUR
<input checked="" type="checkbox"/>	Sachkosten	<u>15.600</u>	EUR
<input checked="" type="checkbox"/>	Personalkosten	<u>32.800</u>	EUR

Die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben verteilen sich auf folgende Haushaltsstellen:

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Einnahmen:					
Ausgaben:					
		48.400	48.400	48.400	48.400
Eigenanteil:		48.400	48.400	48.400	48.400

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 3

Drucksachennummer:

0749/2006

Datum:

07.09.2006

4. Finanzierung

☐ Verwaltungshaushalt

☐ Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☒ Kein konkreter Finanzierungsvorschlag

Wird durch 20 ausgefüllt

☐ Die Finanzierung der Maßnahme wird den im Haushaltssicherungskonzept festgesetzten

☐ Haushaltsausgleich langfristig nicht gefährden

☐ Die Finanzierung der Maßnahme wird den Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt in den nächsten Jahren um folgende Beträge erhöhen und damit das Zieljahr für den Haushaltsausgleich gefährden:

Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 4

Drucksachennummer:
0749/2006

Datum:
07.09.2006

☐ Vermögenshaushalt

☐ Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Kreditaufnahme

Wird durch 20 ausgefüllt

☐ Die Maßnahme kann im Rahmen der mit der Bezirksregierung abgestimmten Kreditlinie zusätzlich finanziert werden

☐ Die Maßnahme kann nur finanziert werden, wenn andere im Haushaltsplan/Investitionsprogramm vorgesehene und vom Rat beschlossene Maßnahmen verschoben bzw. gestrichen werden.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 5

Drucksachennummer:

0749/2006

Datum:

07.09.2006

☐ Folgekosten bei Durchführung der Maßnahme im Vermögenshaushalt

☐ Es entstehen keine Folgekosten

☐ Es entstehen Folgekosten ab dem Jahre _____

☐ Sachkosten ☐ einmalig in Höhe von EUR _____

☐ Jährlich in Höhe von EUR _____

☐ bis zum Jahre _____

☐ Personalkosten ☐ einmalig in Höhe von EUR _____

☐ Jährlich in Höhe von EUR _____

☐ bis zum Jahre _____

☐ Erwartete Zuschüsse bzw. Einnahmen zu den Folgekosten EUR _____

☐ Folgekosten sind nicht eingeplant

☐ Folgekosten sind bei der/den Haushaltsstelle(n) wie folgt eingeplant:

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Einnahmen:					
Ausgaben:					
Eigenanteil:					

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 6

Drucksachennummer:

0749/2006

Datum:

07.09.2006

5. Personelle Auswirkungen

☒ Es sind folgende personalkostensteigernde Maßnahmen erforderlich:

5.1 Zusätzliche Planstellen

Anzahl	BVL-Gruppe	unbefristet/befristet ab/bis	Besetzung intern/extern	Kosten EUR *
1	A 10	unbefristet	intern	32.800

5.2 Stellenausweitungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *
NN	A 10	32.800

5.3 Hebungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe bisher	BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

5.4 Aufhebung kw-Vermerke

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.5 Stundenausweitung in Teilzeitstellen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.6 Überstunden bei Ausgleich durch Freizeit mit entsprechendem Zeitzuschlag

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.7 Überstunden bei Ausgleich durch vollständige Vergütung

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.8 Überplanmäßige Einsätze

BVL-Gruppe	Zeitdauer	Umfang in Wochenstunden	Kosten EUR *

Summe Kosten 5.1 bis 5.8	
--------------------------	--

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 7

Drucksachennummer:
0749/2006

Datum:
07.09.2006

☐ Es sind folgende personalkostensenkende Maßnahmen möglich:

5.9 Stellenfortfälle

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.10 Abwertungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe bisher	BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

5.11 kw-Vermerke neu

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.12 ku-Vermerke neu

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.13 Stundenkürzung in Teilzeitstellen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

Summe Kosten 5.9 bis 5.13	
---------------------------	--

* = Kostenermittlung auf der Basis der Durchschnitts-Personalkosten des jeweiligen Jahres (von 18/02) bzw. bei Überstunden auf der Grundlage der jeweiligen Überstundenvergütungen.

Veröffentlichung:

Ja
Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

55 Fachbereich Jugend und Soziales
20 Stadtkämmerei

Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

